

ISS AKTUELL



Herwig Jedlaucnik

Die Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die budgetäre Situation der europäischen Streitkräfte

Impressum:

Medieninhaber, Hersteller, Herausgeber:

Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport
Rossauer Lände 1
1090 Wien

Redaktion:

Landesverteidigungsakademie
Institut für Strategie und Sicherheitspolitik
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Copyright:

© Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport
Alle Rechte vorbehalten

Periodikum der Landesverteidigungsakademie

Jänner 2015

Druck

HDruckZ-ASt Stift xxxx/15
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Vorwort

Anfang 2014, vor rund einem Jahr, eskalierte die Krise um die Ukraine: Die Diskussion um das 2013 vorgeschlagene, im November 2013 aber von der Ukraine zunächst zugunsten einer Mitgliedschaft in der russisch-dominierten Eurasischen Union abgelehnte Assoziierungs-Abkommen zwischen der EU und der Ukraine brachte die Frage nach der Position der Ukraine – zwischen EU-Europa und Russland – erneut aufs Tapet. In der Folge eskalierte der Konflikt in der Ukraine. Es kam im Februar 2014 zu einem Regimewechsel und im März wurde die Halbinsel Krim (als Stützpunkt der russischen Schwarzmeer-Flotte von strategischer Bedeutung für Russland) von Russland annektiert (was von der übrigen Welt nicht formal anerkannt wurde). Wenig später begannen auch in den, ethnisch stark russisch geprägten, östlichen Provinzen der Ukraine Unruhen, die de facto von Russland unterstützt wurden. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt, Mitte Jänner 2014, ist die Lage in der östlichen Ukraine weiter kritisch, während die seitens der EU und den USA verhängten Wirtschaftssanktionen gegen Russland – im Verein mit dem sinkenden Ölpreis – die russische Wirtschaft belasten. Eine gütliche Einigung ist derzeit nicht in Sicht.

Manche Kommentatoren schreiben angesichts dieser Entwicklung bereits von einem „neuen Kalten Krieg“, sehen eine Umkehrung der Entwicklung des letzten Vierteljahrhunderts. Was bedeutet diese Entwicklung für die Verteidigungsbudgets vor allem der europäischen Staaten? Dieser Frage ist Oberstleutnant des höheren militärfachlichen Dienstes Mag. Herwig Jedlaucnik in der vorliegenden Studie nachgegangen und belegt eindrucksvoll, dass der seit den 1990er Jahren feststellbare Rückgang der europäischen Verteidigungsbudgets (Stichwort „Friedens-Dividende“) durch die Ukraine-Krise zumindest bisher nicht gestoppt wurde. Für die Politik der meisten europäischen Staaten ändert die Ukraine-Krise offensichtlich die Bedrohungslage nicht wesentlich, ist mithin auch nicht Anlass, von der bisherigen Linie der reduzierten Militärausgaben abzuweichen. Wohl aber vergrößern sich damit die Unterschiede zwischen zwei Gruppen von Staaten, die man als „Frontstaaten“ und „Etappenstaaten“ charakterisieren könnte. Zu den ersteren gehören die an Russland, dessen Vasallenstaat Weißrussland bzw. die Türkei angrenzenden Staaten sowie die ehemaligen Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich. Die übrigen europäischen Staaten – eben die „Etappenstaaten“ – reduzieren weiter ihre Verteidigungshaushalte. Dies gilt natürlich auch für Österreich, das mit seinen Verteidigungsausgaben, verglichen mit anderen Ländern, ohnehin traditionell im unteren Bereich der europäischen Staaten rangiert. Dazu kommt in Österreich eine besonders ungünstige Verteilung des Verteidigungshaushalts. Beträgt das Verhältnis zwischen Personal-, Betriebs- und Investitionsausgaben in den USA in den letzten Jahren ziemlich konstant 30:40:30, und in den anderen EU-Staaten immerhin 50:30:20, so verschieben sich diese Werte in Österreich hin zu etwa 77% Personalkosten, 18% Betrieb und um die 5% Investitionskosten – was de facto weder für den Normbetrieb noch für Niveau-haltende Investitionen ausreicht. Unter den europäischen Staaten ist Österreich daher als Staat ohne militärische Ambitionen einzustufen – unbeschadet der nach außen hin wichtigen Rolle, die beispielsweise den Auslandseinsätzen als Teil der österreichischen Außen- und Sicherheitspolitik stets bescheinigt wird.

Wie auch bisher üblich, erscheint der Beitrag unter der Verantwortung des Autors als Wissenschaftler und gibt ausschließlich dessen persönliche Einschätzung, nicht aber in irgendeiner Weise eine offiziöse Meinung des Ressorts oder der LVAK wieder.

Die Mitarbeiter des ISS wünschen eine spannende Lektüre.

Hofrat Univ.-Doz. Dr. Erwin A. Schmidl

Leiter des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik

Inhaltsverzeichnis

Die Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die budgetäre Situation der europäischen Streitkräfte

<i>Zusammenfassung</i>	3
<i>Forschungsleitende Frage und Methodik</i>	3
<i>Globale Militärausgaben</i>	4
<i>Russische Bedrohung?</i>	6
<i>Steigende Militärbudgets in Nord- und Osteuropa</i>	7
<i>Sinkende Militärbudgets in West- und Südeuropa</i>	9
<i>Stabile Militärbudgets in Südosteuropa</i>	10
<i>Die westeuropäischen Allianzfreien: weiterhin keine militärischen Ambitionen</i>	10
<i>Gesamteuropäische Militärausgaben – Status und Trends</i>	10
<i>Die transatlantische Partnerschaft</i>	13
<i>Ausblick</i>	15

Die Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die budgetäre Situation der europäischen Streitkräfte

Zusammenfassung

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) reduziert Europa bereits seit den 1980er Jahren sukzessive seine militärischen Ausgaben. Seit 2007 hat überdies die Finanz- und Wirtschaftskrise zu einer Verstärkung dieses seit längerem stattfindenden Trends beigetragen.¹ Auf Grundlage vorhandener Informationen und Trendeinschätzungen ist davon auszugehen, dass auch die Eskalation der Lage in der Ukraine, verbunden mit der Verschlechterung der Beziehungen zwischen den westlichen Staaten und Russland nur in wenigen Staaten Europas ein strategisches Umdenken mit entsprechenden budgetären Konsequenzen ausgelöst hat. Nur einige nordische Staaten, vor allem aber die Staaten Osteuropas werden ihre Militärausgaben kurzfristig wieder erhöhen. Die Ukraine-Krise hat den langfristigen Trend zur weiteren Reduktion europäischer Militärausgaben jedoch vorerst nicht gestoppt. Somit sinkt 2015 das europäische Verteidigungsbudget auf 1,5 % des BIP. Ohne Frankreich und Großbritannien gerechnet, wird Europa sogar weniger als 1,3 % seines BIP für militärische Aufgaben aufwenden und es bleibt offen, wie weit dieses Niveau in den nächsten Jahren noch sinken wird. Österreichs Verteidigungsbudget² wird 2015 sogar auf 0,7 % des BIP fallen.

Mittelfristig verstärkt die Ukraine-Krise den generellen Trend einer budgetären Trennung zwischen europäischen Front- und Etappenstaaten: Die an Russland, dessen Vasallenstaat Weißrussland oder die Türkei angrenzenden Staaten werden voraussichtlich ebenso wie Großbritannien und Frankreich, die zur Absicherung ihrer außereuropäischen Gebiete und Interessen entsprechende militärische Mittel benötigen, um die 2 % des BIP für Militärausgaben bereitstellen. Die NATO-Etappenstaaten werden hingegen vermutlich nur 1-1,5 %, die westeuropäischen Allianzfreien gar nur 0,5-1 % ihres BIP für Verteidigungsaufgaben aufwenden

Forschungsleitende Frage und Methodik

Seit Ende des Kalten Krieges sinken die europäischen Verteidigungsausgaben kontinuierlich. Mit der Ukraine-Krise ist der militärische Faktor der Sicherheitspolitik jedoch auch innerhalb Europas wieder einmal deutlich sichtbar geworden. Hat diese Krise nunmehr ein verteidigungspolitisches Umdenken in Europa ausgelöst? Kehrt sich der Trend, militärische Ausgaben in Europa zu senken, um? In dieser Kurzstudie werden die Entwicklungen und Veränderungen bei den europäischen Militärausgaben vor allem seit Ausbruch der Ukraine-Krise näher beleuchtet. Es werden dabei nicht nur die absoluten Veränderungen der Militärausgaben, sondern auch und vor allem ihr Verhältnis zum jeweiligen BIP betrachtet. Das Verhältnis der Militärausgaben zum BIP hat eine politisch relativ eindeutige Aussagekraft. Daran ist ersichtlich, welche Militärausgaben der jeweilige Staat, in Bezug zu seinen wirtschaftlichen Möglichkeiten, bereit ist zu tätigen. Da Budgets ja bekanntlich den in Zahlen gegossenen politischen Willen widerspiegeln, kann an Hand dieser auch die Relevanz des europäischen Militärs in den jeweiligen staatspolitischen Aufgaben abgelesen werden.

Andorra, Island, Kosovo, Liechtenstein, Monaco, San Marino und Vatikanstadt haben keine oder keine vollwertigen Streitkräfte, und ihre militärische Sicherheit wird durch andere Staaten sichergestellt. Diese Staaten werden daher in dieser Studie nicht berücksichtigt. Kasachstan (europäischer Teil des Territoriums weniger als 6 % des Staatsgebietes), die Kaukasusrepubliken, Russland und die Türkei (europäischer Teil des Territoriums weniger als 3 % des Staatsgebietes) werden in dieser Studie nicht als europäische Staaten betrachtet. Russlands Staatsgebiet hat zwar einen knapp 23-prozentigen europäischen Anteil, ist aber gleichzeitig eine asiatische Macht. Die Türkei und Russland können daher durchaus als europäische Peripherie, nicht jedoch als europäische Staaten im Sinne dieser Studie betrachtet werden.

Von International Monetary Fund (IMF) sowie Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) wurden Datensätze bis 2013 genutzt. Die Daten für 2014 und 2015 stammen aus eigenen weiterführenden Recherchen, Berechnungen und Trendschätzungen. Um internationale Vergleiche durchführen, bzw. um die relevanten Datensätze

1 siehe detaillierter: Herwig Jedlaucnik; Monetäre Realität europäischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Status und Trends. In: Johann Frank, Walter Matyas (Hrsg.); Strategie und Sicherheit 2014. Europas Sicherheitsarchitektur im Wandel, Wien 2014

2 Ausgaben des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport (BMLVS) ohne Sportausgaben jedoch inklusive Pensionen (NATO-Standard).

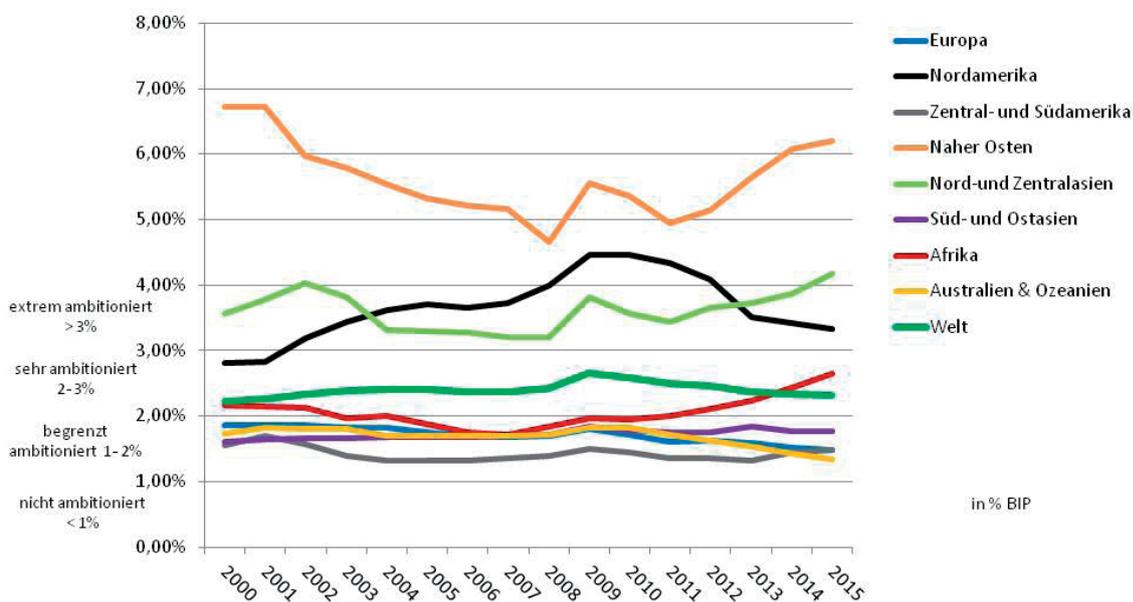
des IMF³ sowie des SIPRI⁴ nutzen zu können, musste als Basis-Währung der US-Dollar verwendet werden. Dies mag auf Grund von Währungsschwankungen in einzelnen Fällen nicht optimal sein, in der Gesamtheit der zu untersuchenden Aspekte hat sich dies aber als die beste Vorgangsweise erwiesen. Die verwendeten Daten sind dabei inflationsbereinigt und einheitlich auf der Wertbasis 2012 berechnet.

Für die Berechnung der Kategorien werden bewusst keine Durchschnittswerte als arithmetisches Mittel der Einzelwerte der jeweiligen Staaten herangezogen, denn bei dieser Berechnungsart täuschen einzelne wirtschaftliche Leichtgewichte, die beim Durchschnittswert überproportional ins Gewicht fallen. Daher werden alle Kategorien auch als Gesamtheit gerechnet, die jeweiligen Größen (Bruttoinlandsprodukte, Militärausgaben, etc.) aller Staaten zusammengefasst und als Einheit betrachtet.

Um für den Leser eine Einordnung zu erleichtern wird bei den Militärausgaben im Verhältnis zum BIP bei Ausgaben unter 1 % von nicht ambitionierten, bei 1-2 % von begrenzt ambitionierten, bei 2-3 % von sehr ambitionierten und bei über 3 % Militärausgaben im Verhältnis zum BIP von extrem ambitionierten militärischen Anstrengungen ausgegangen.

Globale Militärausgaben

Global stieg der Anteil der Militärausgaben am weltweiten BIP von 2,25 % im Jahr 2000 zwischenzeitlich auf 2,65 % im Jahr 2009, um 2015 wieder auf 2,32 % zurückzugehen. Global gesehen sind dabei 20% der Staaten als militärisch nicht ambitioniert, 45 % als begrenzt ambitioniert und jeweils fast 18 % als sehr bzw. extrem ambitioniert zu betrachten. Seit Jahrzehnten steht die Konfliktregion des Nahen Ostens hier an der Spitze. Auf Grund der guten wirtschaftlichen Entwicklungen sank der prozentuelle Anteil am BIP im letzten Jahrzehnt zwar von über 7 % auf zwischenzeitlich knapp unter 5 %, wird aber 2015 wieder über 6 % erreichen. Der Anteil des Nahen Ostens an den globalen Militärausgaben nahm ebenfalls weiter zu. Auch die Staaten Nord- und Zentralasiens wenden mit gleichbleibend etwas über 3,5 % - und auf Grund steigender russischer Ausgaben 2015 vermutlich sogar über 4 % des BIP - seit Jahrzehnten deutlich mehr als der Weltdurchschnitt für militärische Aufgaben auf. Die Ausgaben der USA sind dafür verantwortlich, dass Nordamerika, das zwar auch traditionell immer über dem globalen Durchschnitt lag, sich in den letzten Jahren dem besonders hohen Ausgabenniveau der Konfliktzone Naher Ostens annäherte. Seit 2011 sinkt dieses Niveau jedoch wieder etwas ab.



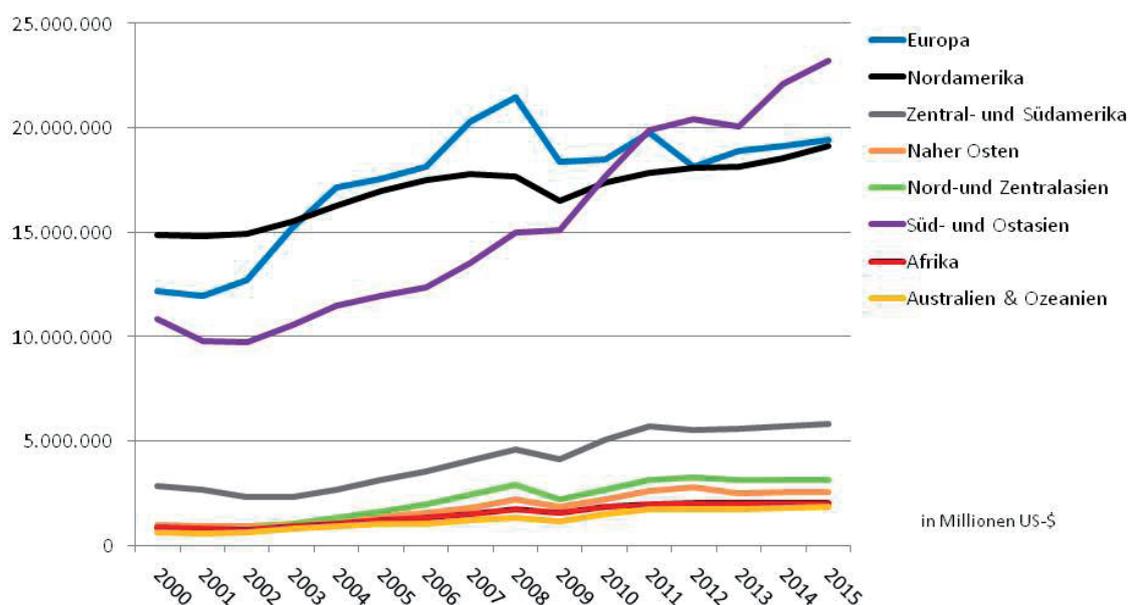
Daten: bis 2013 SIPRI, 2014-15 ergänzende Recherchen
Inflationsbereinigt Basis 2012 Berechnungen & Graphik: Jedlaucnik

Abbildung 1: Entwicklung globaler Militärausgaben als prozentueller BIP-Anteil 2000 bis 2015

3 IMF World Economic Outlook Database. Homepage des International Monetary Fund, <<http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2013/02/weodata/index.aspx>>, abgerufen am 10.12.2014.

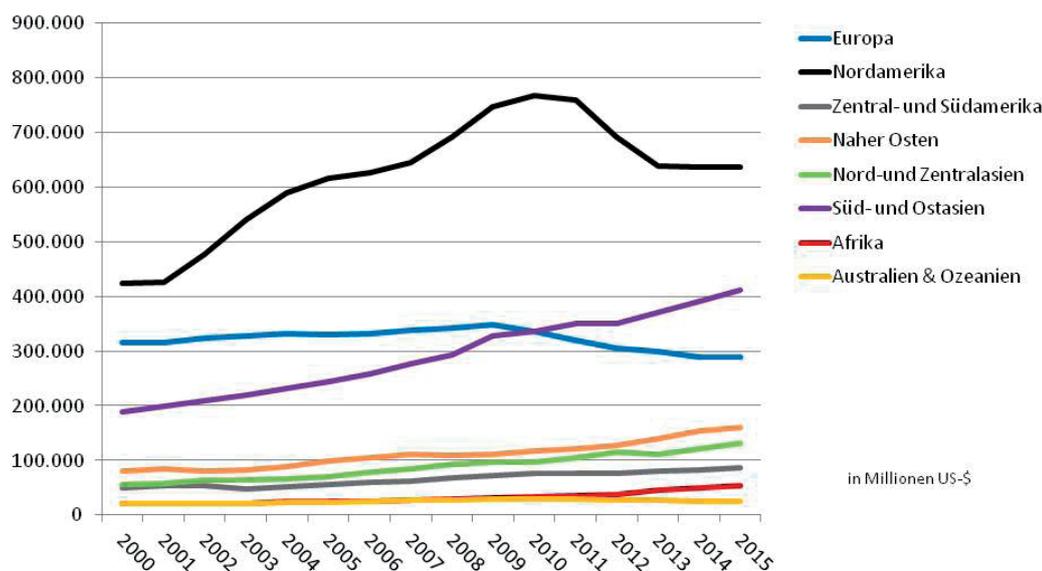
4 SIPRI Military Expenditure Database. Homepage des Stockholm International Peace Research Institute, <http://www.sipri.org/research/armaments/milex/milex_database>, abgerufen am 15.12.2014.

Alle anderen Regionen der Welt gaben in den letzten Jahrzehnten weniger als 2 % für ihre militärischen Anstrengungen aus, nur Afrika liegt gelegentlich auch über dieser Marke. Auch Europas Verteidigungsausgaben liegen seit Jahren deutlich unter dem weltweiten Durchschnitt. Alle Staaten Europas zusammengenommen werden 2015 zwar fast 300 Milliarden US-\$ für ihre Verteidigung ausgeben, stehen damit aber nur noch für 16 % der globalen Militäraktivitäten; Europas Anteil hat sich damit in den letzten 20 Jahren fast halbiert. Zum Vergleich: Süd- und Ostasien (inkl. China) werden 2015 bei knapp 23 % der globalen Ausgaben 1,75 % des BIP aufwenden, der Nahe Osten bei fast 9 % der globalen Ausgaben über 6 % des BIP, Nord- und Zentralasien (inkl. Russland) bei 7,5 % der globalen Ausgaben über 4 % des BIP, Zentral- und Südamerika bei über 5 % der globalen Ausgaben 1,50 % des BIP, Afrika bei fast 3 % der globalen Ausgaben über 2,5 % des BIP und Australien & Ozeanien bei knapp 1,5 % der globalen Militärausgaben weniger als 1,50 % des BIP.



Daten: bis 2013 IMF, 2014-15 ergänzende Recherchen
Inflationsbereinigt Basis 2012 Berechnungen & Graphik: Jedlaucnik

Abbildung 2: Entwicklung des globalen Bruttonationalproduktes 2000 bis 2015

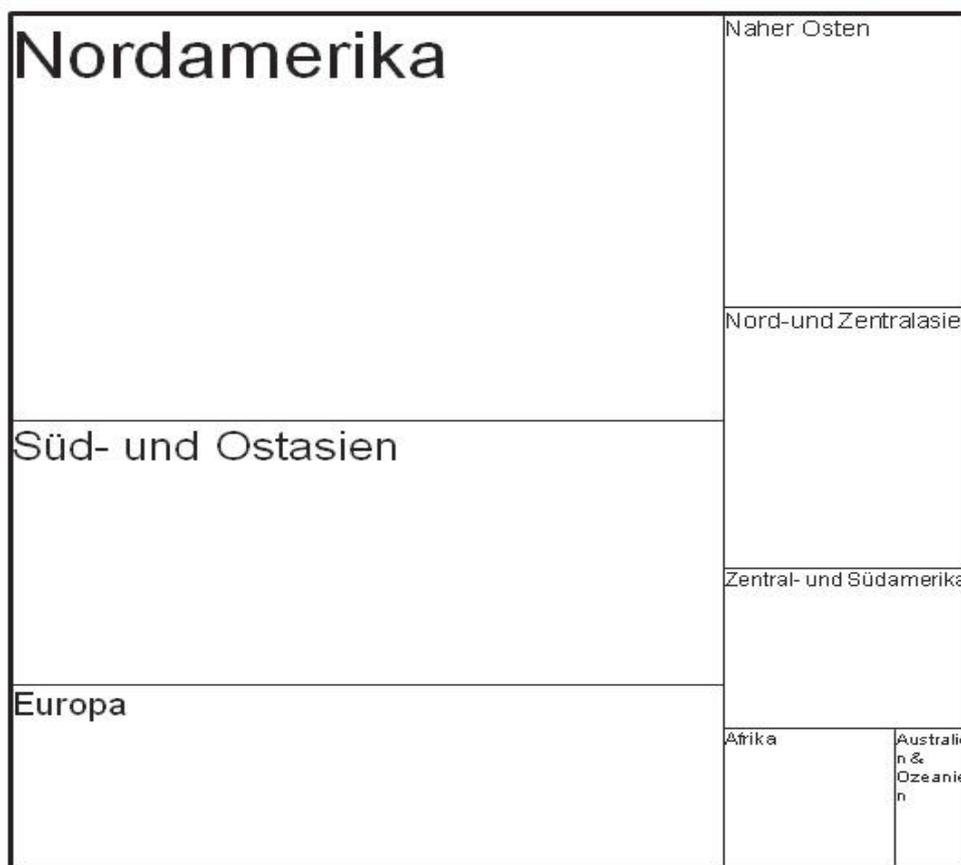


Daten: bis 2013 SIPRI, 2014-15 ergänzende Recherchen
Inflationsbereinigt Basis 2012 Berechnungen & Graphik: Jedlaucnik

Abbildung 3: Entwicklung globaler Militärausgaben in Millionen US-Dollar 2000 bis 2015

Hinsichtlich der nationalen Militärausgaben wird sich 2015 das grundlegende Bild vergangener Jahre nicht verändern. Die USA werden dank massiver Ausgaben (fast 35 % der globalen Militärausgaben) die führende Militärmacht bleiben. China (11 %), Russland (6 %), Saudi Arabien, Japan und Frankreich (je 3,5 %) bzw. Großbritannien, Deutschland und Indien (je 3 %) folgen mit deutlichem Abstand.

Von 2000 bis 2015 steigerte vor allem Asien (+117%) seine nominellen militärischen Anstrengungen überproportional, während die weltweiten Militärausgaben sich nominell nur um 55 % steigerten. Diese wie auch die asiatische Steigerung sind jedoch mit der gleichzeitigen Steigerung des BIP in Relation zu setzen. Weltweit steigerte sich das BIP in diesem Zeitraum um fast 50 %, in Asien um 100 %.



Berechnungen & Graphik: Jedlaucnik

Abbildung 4: Verteilung der globalen Militärausgaben 2015

Das BIP der USA steigerte sich im gleichen Zeitraum hingegen nur um 26,5 %, dennoch hielten (bzw. steigerten zwischendurch) die USA ihren Anteil an den globalen Militärausgaben. Dazu gaben die USA für ihr Militär, von 3 % im Jahr 2000 startend, zwischenzeitlich 4,8 % ihres BIP aus. 2015 werden die USA ihre Verteidigungsausgaben wieder auf 3,6 % absenken. Eine weitere Reduktion auf zumindest 3,5 % ist durchaus zu erwarten. Neben den USA sind es nur die konfliktträchtigen Regionen des Nahen Ostens (2015 ca. 6 % des BIP) sowie Nord- und Zentralasien (4 %) die extrem ambitionierte budgetäre Anstrengungen setzen. Der ost- und südasiatische Raum wendet hingegen nur 1,8 % seines BIP für militärische Aufgaben auf. Einige der wesentlichen Protagonisten der Auseinandersetzungen im Ost- und Südchinesischen Meer, China, Vietnam, Taiwan und Korea, müssen dennoch mit Militärausgaben über 2 % als sehr ambitioniert betrachtet werden. Selbst diese Staaten bleiben jedoch deutlich unter dem Niveau der USA.

Russische Bedrohung?

Russland hat seine Militärausgaben nominell seit 2000 um über 200 % gesteigert. Im Jahr 2000 war Russland jedoch sowohl hinsichtlich seiner wirtschaftlichen als auch militärischen Potentiale an einem Tiefpunkt angelangt. Daher muss diese Steigerung auch in diesem Kontext verstanden werden. Russland musste zwar auch in diesen schwierigen wirtschaftlichen Jahren als militärisch extrem ambitioniertes Land bewertet werden, konnte auf Grund seiner wirtschaftlichen Schwäche sicherheitspolitisch jedoch kaum außenwirksam tätig werden. Mit den gesteigerten wirtschaftlichen Möglichkeiten

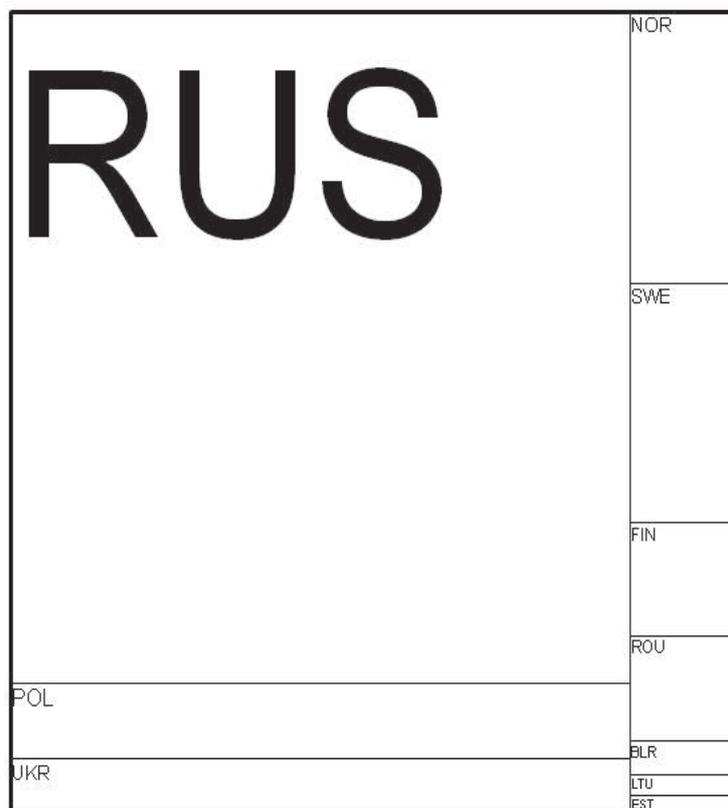
wurden jedoch auch mehr Mittel für die Modernisierung der russischen Streitkräfte verfügbar. Nach den militärischen Auseinandersetzungen mit Georgien im Jahre 2008 wurde 2010 schließlich ein weitreichendes Rüstungsprogramm (GPV-2020) beschlossen.

Spätestens während der Georgien-Krise glaubte Russland zu erkennen, dass seine strategische Sicherheit durch die bereits erfolgte und möglicherweise noch nicht abgeschlossene Osterweiterung der NATO gefährdet wird. Eine weitere Annäherung seiner benachbarten Staaten an den von den USA geführten Westen wurde als Bedrohung und gegen fundamentale russische Interessen gerichtet empfunden. In diesem geopolitischen Rahmen eskalierte 2014 die innenpolitische Krise in der Ukraine. Neben den andauernden Kämpfen zwischen russisch-ukrainischen und ukrainischen Kräften im Osten des Landes wurde bekanntlich im März 2014 die Halbinsel Krim, auf welcher der Stützpunkt der russischen Schwarzmeerflotte liegt und die von großer strategischer Bedeutung für Russland ist, in einer hochprofessionellen militärischen Operation eingenommen und in weiterer Folge an Russland angeschlossen.

Russland verstärkte in diesem Zusammenhang 2014 und 2015 nochmals seine Rüstungsanstrengungen. Da überdies auf Grund westlicher Sanktionen, vor allem aber auf Grund des sinkenden Erdölpreises die russische Wirtschaft in eine Rezession fällt, steigert sich der Anteil der russischen Militärausgaben von zuletzt ca. 4 % 2015 vermutlich auf 5 % des BIP.

Steigende Militärbudgets in Nord- und Osteuropa

Auch die von den militärischen Auseinandersetzungen mit seiner russischen Bevölkerung bzw. Russland unmittelbar betroffene Ukraine steigerte schon 2014 ihre Militärausgaben signifikant. Auch 2015 sind entsprechende Militärausgaben budgetiert. Politische Aussagen, dass es sich dabei um eine Verdreifachung des Budgets handeln wird, erscheinen zwar nicht glaubwürdig, doch können für 2015 Militärausgaben von etwa 5-5,5% des BIP angenommen werden. Voraussetzung dafür ist auch, dass die Wirtschaft der Ukraine in keine allzu tiefe Rezession fällt. In einem solchen Fall wäre auch bei nominell etwas geringeren Ausgaben ein höherer BIP-Anteil möglich.

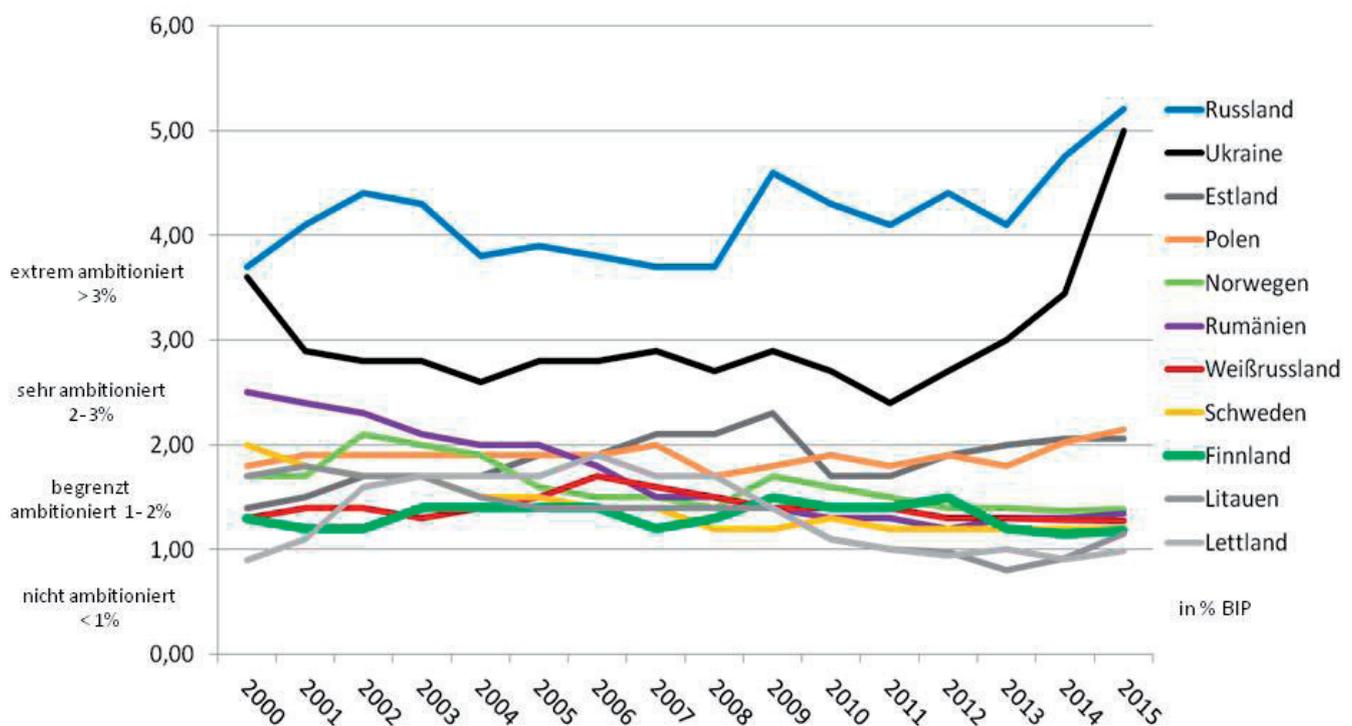


Berechnungen & Graphik: Jedlaucnik

Abbildung 5: Verteilung der Militärausgaben Russlands und seiner nord- und osteuropäischen Nachbarstaaten 2015

Aber auch die der Konfliktregion Russland-Ukraine naheliegenden Staaten Europas reagieren auf die Krise. Finnland, das zuletzt sein Verteidigungsbudget reduziert hatte, wird dieses zumindest bei 1,2 % des BIP halten. Schweden wird das Verteidigungsbudget 2015 nominell zwar um 3 % erhöhen, dies ist aber kaum mehr als die 2 %ige Steigerung des BIP. Kurzfristig stellt dies zwar eine minimale Steigerung dar, mittelfristig ist jedoch maximal ein Halten des derzeitigen Niveaus von 1,2 % zu erwarten. Auch die nominelle Steigerung des norwegischen Verteidigungsbudgets um 3,5 % verändert den BIP-Anteil der Verteidigungsausgaben faktisch nicht – dieser wird bei 1,4 % verbleiben.

Estland hat zwar bereits seit Jahren die prozentuell höchsten Verteidigungsausgaben im baltischen Raum, wird sein Budget aber dennoch leicht steigern und damit jedenfalls über 2 % des BIP bleiben. Die anderen baltischen Staaten, die nach dem NATO-Beitritt ihre Militärausgaben deutlich gesenkt hatten, werden in den nächsten Jahren massive Anstrengungen unternehmen um zu Estland aufzuschließen. Lettland, das im Zuge der Finanzkrise seine Militärausgaben signifikant senkte, gibt derzeit nur 0,9 % des BIP für sein Militär aus. Bereits 2015 sollte jedoch die 1 %-Marke überschritten und bis 2020 auf 2 % gesteigert werden. Litauen, das ebenso wie Lettland sein Verteidigungsbudget nach dem NATO-Beitritt massiv gesenkt hatte, will dieses Ziel bereits 2017 erreichen. Litauen hat die entsprechenden budgetären Schritte für 2015 bereits gesetzt und wird damit von 0,8 % des BIP im Jahre 2013 bereits 2015 fast 1,2 % des BIP erreichen. Angesichts der gespannten Beziehungen zu Russland, der eigenen größenbedingten Schwäche und der damit bedingten Notwendigkeit „NATO-Musterschüler“ zu bleiben, ist zu erwarten, dass die baltischen Staaten auch langfristig etwa 2 % des BIP für ihre militärischen Aufgaben aufwenden werden.



Daten: bis 2013 SIPRI, 2014-15 ergänzende Recherchen
Inflationsbereinigt Basis 2012 Berechnungen & Graphik: Jedlaucnik

Abbildung 6: Entwicklung der Militärausgaben Russlands und seiner nord- und osteuropäischen Nachbarstaaten als prozentueller BIP-Anteil 2000 bis 2015

Auch Polen erhöht seine Militärausgaben deutlich und wird 2015 vermutlich 2,2 % seines BIP dafür verwenden. Auf dieser Basis wird Polen seine Streitkräfte nicht nur weiter modernisieren und deren NATO-Interoperabilität sicherstellen, sondern auch sicherheitspolitisch dominant auftreten. Polens russlandkritische Position wird daher in den nächsten Jahren zumindest innerhalb der NATO, aber wohl auch innerhalb der GSVP von Gewicht sein.

Rumänien wird sein Verteidigungsbudget 2015 zwar leicht erhöhen, verbleibt aber faktisch bei knapp über 1,3 % des BIP. Die politisch formulierte Zielsetzung, 2 % des BIP bis zum Jahr 2017 zu erreichen, ist jedoch als eher unglaubwürdig

einzustufen. Wahrscheinlicher dürfte ein Halten des derzeitigen Levels, bestenfalls eine Steigerung bis 1,5 %, sein. Tschechien steigert ab 2015 seine Militärausgaben von derzeit 1,1 % jährlich um 10 % mit dem Ziel, 2020 1,4 % des BIP zu erreichen. Dieses Ziel erscheint durchaus realistisch zu sein. Die Slowakei wird das nominelle Verteidigungsbudget leicht erhöhen und damit knapp über 1 % BIP verbleiben. Es sind jedoch keine konkreten Schritte erkennbar, die eine Umsetzung der Zielsetzung von 1,6 % des BIP für das Jahr 2016 realistisch erscheinen lassen und daher ist dieses als eher unglaubwürdig einzustufen. Ungarn wird sein Verteidigungsbudget, nach mehreren Jahren in denen das Budget gekürzt wurde, wieder leicht anheben, 2015 jedoch noch knapp unter der 1 %-Marke verbleiben. Ob 2022 die anvisierten 1,4 % erreicht werden können, muss skeptisch beurteilt werden. Ein mittelfristiges Ansteigen über 1 % BIP kann aber als sicher angenommen werden.

Aus nationaler Perspektive (siehe Abb. 5) ist Russlands militärische Stärke durchaus bedrohlich wahrzunehmen. Aus europäisch-solidarischer Perspektive (siehe Abb. 7) stellt sich die Problematik jedoch ganz anders dar. Die Steigerungen nationaler Militärausgaben der osteuropäischen Staaten sind diesbezüglich daher vor allem auch als Erbringung entsprechend notwendiger Vorleistungen zu verstehen, um im Eventualfall die Solidarität der NATO-Bündnispartner einfordern zu können.

Sinkende Militärbudgets in West- und Südeuropa

Wie reagierten aber die europäischen Staaten, die nicht im unmittelbaren Umfeld Russlands liegen, auf die Ukraine-Krise? Die Niederlande erhöhen 2015 zwar erstmals seit Ende der 80er Jahre nominell das Verteidigungsbudget, allerdings sind die Erhöhungen so gering, dass es sich faktisch um eine Stabilisierung des Budgets in Höhe von 1,3 % des BIP handelt. Spanien verbleibt trotz geringfügiger Steigerungen der nominellen Militärausgaben 2015 sogar unter 0,9 % des BIP. Portugal wird 2015 seine Militärausgaben nominell in etwa beibehalten, was auf Basis des BIP einer leichten Reduktion auf 2,1 % entsprechen wird.



Berechnungen & Graphik: Jedlaucnik

Abbildung 7: Wirtschaftliche bzw. militärische Macht der europäischen Staaten versus Russlands 2015

Frankreichs Militärausgaben werden 2014 und 2015 nominell zwar nur minimal gesenkt, als Anteil am BIP sinken sie jedoch auf 2,15 %. Mittelfristig sind jedoch keine weiteren Reduktionen zu erwarten. Der Anteil der britischen Militärausgaben am BIP wird nicht nur auf Grund der hervorragenden Wirtschaftszahlen des Königreiches sinken, sondern auch, weil die nominellen Ausgaben für das Militär seit Jahren gesenkt werden. Großbritannien könnte somit sogar unter die 2 %ige NATO-Zielvorgabe für Verteidigungsausgaben fallen. Auch Deutschland wird seine Militärausgaben senken - von 1,4 % auf 1,35 % des BIP. Italiens Verteidigungsbudget wurde bereits in den vergangenen Jahren massiv gekürzt und muss weitere Reduktionen hinnehmen. Der Anteil der Militärausgaben am BIP wird damit unter 1,5 % fallen. Die massiven Einsparungen zwingen die Streitkräfte zu massiven Personalkürzungen (minus 50.000 bis 2022) und zur Überprüfung

seiner Rüstungsprojekte. Insbesondere die geplante Beschaffung von 90 Stück F-35 dürfte jedenfalls in dieser Anzahl nicht zu realisieren sein.

Dänemark wird sein Militärbudget, nach ersten Reduktionen im Jahr 2014, auch 2015 deutlich senken und von in den letzten Jahren stabilen 1,4 % bereits 2015 auf etwa 1,2 % des BIP absenken. Belgien wird seine für ein NATO-Mitglied bereits sehr niedrigen Verteidigungsausgaben 2015 weiter verkleinern und vermutlich knapp unter 1 % des BIP fallen.

Es zeigt sich somit, dass Russland von den west- und südeuropäischen Staaten offensichtlich nicht als relevante Bedrohung empfunden wird.

Stabile Militärbudgets in Südosteuropa

Slowenien wird 2015 nominell die Militärausgaben beibehalten und damit weiterhin weniger als 1,2 % des BIP für seine Streitkräfte aufwenden. Kroatiens Verteidigungsbudget wird vermutlich in den kommenden Jahren zwar nominell leicht steigen, sein Anteil am BIP von knapp 1,7 % des BIP aber damit gleichbleiben.

Bulgarien, das bis 2009 stabil 2 % seines BIP für seine Streitkräfte aufwendete und 2012 sogar auf 1,5 % reduzierte, plant seine Militärausgaben wieder jährlich um 10% zu steigern. Dieses Ziel dürfte zwar schwer zu erreichen sein, mittelfristig dürfte Bulgarien aber wieder 2 % seines BIP für Militärausgaben aufwenden. Bulgarien hat seine Streitkräfte in den letzten Jahren massiv reduziert, gleichzeitig aber auch große Anstrengungen unternommen, diese zu modernisieren. Griechenland wird trotz massiver Einschnitte in den vergangenen Jahren weiterhin deutlich über 2 % BIP-Anteil für Militärausgaben aufwenden - 2015 ist konkret mit 2,35 % zu rechnen. Grundlage dafür ist der latente Dauerkonflikt mit seinem Nachbarn Türkei. Auch das verbündete Zypern wird weiterhin über 2 % für sein Militär bereitstellen.

Die westeuropäischen Allianzfreien: weiterhin keine militärischen Ambitionen

Bei den Allianzfreien⁵ wird die Schweiz ihr Verteidigungsbudget zumindest nominell, eventuell auch als BIP-Anteil leicht erhöhen und damit bei über 0,8 % des BIP verbleiben. Das irische Verteidigungsbudget, das bis 2014 kontinuierlich gesenkt wurde, wird 2015 nominell zwar erstmals seit sieben Jahren nicht weiter reduziert, sinkt gleichzeitig jedoch erstmals unter die magische Grenze von 0,5 % des BIP. Irland stellt damit gemeinsam mit Moldau das Schlusslicht europäischer Verteidigungsausgaben dar.

Österreich hat seine Militärausgaben, gemessen am BIP, seit 2000 noch deutlicher als Gesamteuropa (-20 %) sukzessive um ca. 30 % reduziert. Auch 2014 und 2015 senkte es sein Verteidigungsbudget, gemessen am BIP, um jeweils 6-6,5 %. Es wird damit 2015, gemessen an seinem BIP, weniger als 50 % dessen, was Europa für seine Verteidigung aufwendet, ausgeben. Nach NATO-Standards gemessen werden die österreichischen Militärausgaben dann € 2,3 Mrd. bzw. 0,69 %⁶ des BIP betragen. Auf Grund der inflationsbedingt real sogar steigenden Personal- und Betriebskosten wird es daher zu einer extremen Reduktion an Investitionen kommen. Der Anteil der Personalkosten wird von zuletzt bereits hohen 66 % auf fast 80 % des Verteidigungsbudgets ansteigen. Auf Grund dieser Budgetsituation wird auch der derzeit bereits deutlich reduzierte Betrieb nur auf diesem niedrigen Niveau aufrecht erhalten werden können. Für Rüstungsausgaben wurden ja schon in den letzten Jahren nur ca. 10 % der österreichischen Militärausgaben verwendet. Zukünftig muss das Investitionsbudget sogar auf ca. 4-5 % reduziert werden. International wird jedoch als Maßstab für die Aufrechterhaltung moderner Streitkräfte angenommen, dass 20 % der Verteidigungsbudgets für Rüstungsausgaben verwendet werden.

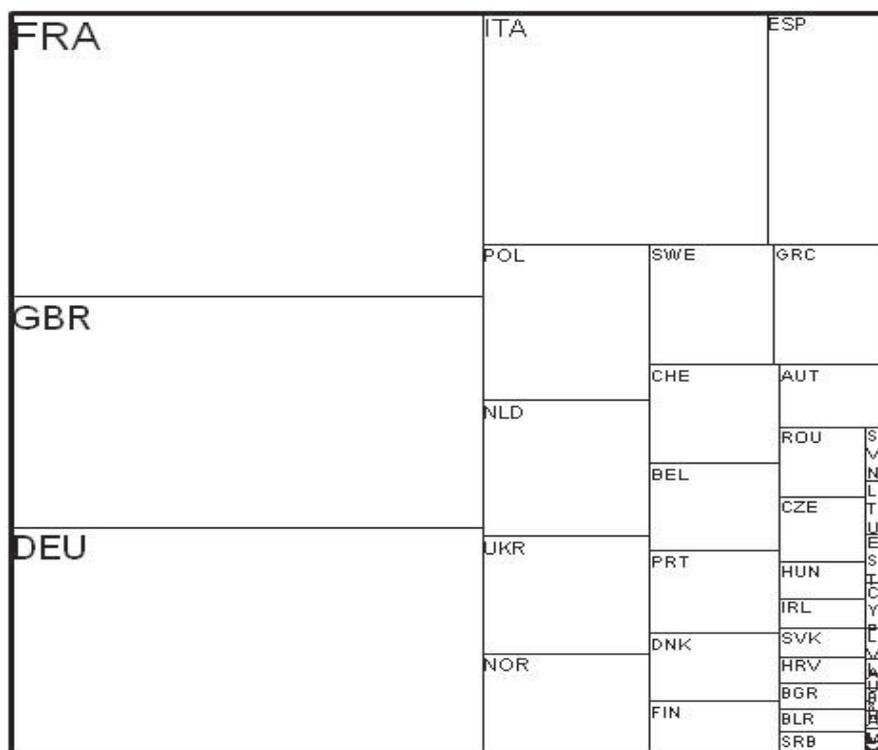
Gesamteuropäische Militärausgaben – Status und Trends

Bereits seit den 80er Jahren findet in Europa eine sukzessive Reduktion militärischer Ausgaben statt. Die Finanz- und Wirtschaftskrise bzw. die Staatsfinanzkrise europäischer Staaten führte dazu, dass zahlreiche Regierungen diesen Trend weiter verstärkten und die Militärausgaben in Weiterführung des generellen Trends teils signifikant kürzten. Es ist aber nicht der Budgetdruck, sondern die Beurteilung der strategischen Lage durch die Regierungen sowie die sicherheitspolitische und strategische Kultur der meisten europäischen Staaten, welche militärischen Angelegenheiten nur

5 Die allianzfreien europäischen Staaten sind neben Österreich, Finnland, Irland, Malta, Moldawien, Schweden, Schweiz, Serbien, die Ukraine und Zypern. Die NATO-Beitrittskandidaten Bosnien-Herzegowina, Mazedonien (FYROM) und Montenegro werden hingegen dieser Gruppe nicht zugerechnet.

6 Nach österreichischen Standards (Ausgaben des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport (BMLVS) ohne Sportausgaben jedoch exklusive Pensionen, welche in Österreich traditionell für alle öffentlichen Bediensteten außerhalb des Verteidigungsministeriums budgetiert werden) berechnet, reduziert sich der prozentuelle BIP-Anteil auf etwa 0,56%.

eine begrenzte Relevanz zusprechen und konsequenterweise Militärausgaben reduzieren. Die Eskalation der Lage in der Ukraine, verbunden mit der Verschlechterung der Beziehungen zwischen den westlichen Staaten und Russland hat nur in wenigen Staaten Europas ein strategisches Umdenken mit entsprechenden budgetären Konsequenzen ausgelöst. Wie dargelegt, werden nur einige nordische Länder, vor allem aber die Staaten Osteuropas ihre Militärausgaben kurzfristig wieder erhöhen. Die Ukraine-Krise hat den langfristigen Trend zur weiteren Reduktion europäischer Militärausgaben jedoch vorerst kaum gestoppt.



Berechnungen & Graphik: Jedlaucnik

Abbildung 8: Verteilung der europäischen Militärausgaben 2015

Gesamteuropa wird seine Militärausgaben, gemessen am BIP-Anteil, 2014 um ca. 5 % und 2015 vermutlich um weitere 1,6 % reduzieren. Die Reduktion 2015 entspricht dabei in etwa dem 10jährigen Schnitt. 2015 wird Europa knapp 1,5 % seines BIP für Verteidigungszwecke aufwenden, ohne die beiden militärischen Großmächte Großbritannien und Frankreich gerechnet sogar weniger als 1,3 % für militärische Angelegenheiten ausgeben. Die EU-Mitglieder werden ihre Militärausgaben, gemessen am BIP-Anteil, 2014 und 2015 jeweils um ca. 2,7 % reduzieren und somit 2015 knapp 1,5 % des BIP für diese ausgeben. Die Reduktion ist um 1 %-Punkt höher als im 10jährigen Schnitt. Die europäischen NATO-Mitglieder⁷ senken ihre Militärausgaben, gemessen am BIP-Anteil, 2014 um ca. 5 % und 2015 vermutlich um weitere 2,75 %. Dies stellt eine deutlich größere Reduktion als die durchschnittliche Reduktion der letzten 10 Jahre von 1,7 % dar. Die europäischen NATO-Staaten werden somit 2015 nur noch 1,53 % (2013 1,66% bzw. 2014 1,57 %) des BIP für militärische Aufgaben verwenden. Die allianzfreien Staaten Europas verzeichnen 2014 zwar eine Steigerung von ca. 1 % und 2015 vermutlich um fast 10 % und werden somit 2015 1,23 % des BIP für ihre Armeen ausgeben. Diese Zahl ist jedoch insgesamt irreführend, da diese Steigerung ausschließlich von der Ukraine verursacht wird. Da sich die Ukraine jedoch in einer kriegsähnlichen Auseinandersetzung befindet, ist sie keinesfalls repräsentativ zu betrachten. Ohne die Ukraine berechnet, stellen die allianzfreien Staaten gleichbleibend 1,1 % ihres BIP für Militärausgaben bereit.

⁷ Die europäischen NATO-Staaten sind Albanien, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Frankreich, Griechenland, Italien, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Polen, Portugal, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien, Ungarn und Großbritannien. (Island wurde auf Grund seiner speziellen Position in den Vergleichsberechnungen nicht berücksichtigt.) Die NATO-Beitrittskandidaten Bosnien-Herzegowina, Mazedonien (FYROM), Montenegro sind dieser Gruppe (noch) nicht zugerechnet.

Die europäischen NATO-Staaten werden dabei für knapp 91 %, die allianzfreien für 8,8 % der Militärausgaben Europas verantwortlich sein.

2015 werden somit 21 % der europäischen Staaten militärisch als nicht ambitioniert, 58 % als begrenzt ambitioniert und 18 % als sehr ambitioniert zu beurteilen sein. Die Ukraine wird als einziges europäisches Land als extrem ambitioniert einzuschätzen sein.

Die Verteilung von Militärausgaben und -stärke innerhalb Europas ist einerseits auf Grund wirtschaftlicher Stärke, aber auch auf Grund divergierender Interessen und Kulturen weiterhin sehr unterschiedlich. Frankreichs und Großbritanniens Militärbudgets werden 2015 21 % bzw. 17,5 % der gesamteuropäischen Verteidigungsbudgets darstellen, Deutschlands Ausgaben immerhin 16,5 %. Österreichs diesbezügliche Bedeutung begrenzt sich auf knapp 1 %. Dies, obwohl Frankreich nur 15 %, Großbritannien 13,5 %, Deutschland und Österreich hingegen 18,5 % bzw. 2,3 % der europäischen Wirtschaftsleistung repräsentieren.

Europäische Staaten gaben in den letzten Jahrzehnten maximal 8,9 % ihres BIP für Militäraufgaben aus. Die Extremwerte standen dabei immer in Zusammenhang mit konkreten Konflikten. Neben den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens - Serbien, Kroatien und Mazedonien (FYROM) - die für diese Extremwerte verantwortlich zeichneten, gab nur Zypern zeitweilig bis zu 6 % seines BIP für Verteidigungsmaßnahmen aus. Innerhalb der Beobachtungszeiträume stellte diesbezüglich die Periode 1997 bis 2002, in dem die letzten kriegerischen Auseinandersetzungen in Ex-Jugoslawien stattfanden, die unruhigste Phase dar. Ab 2004 lagen jedoch die Militärausgaben aller europäischen Staaten immer unter 3 % des BIP. Erst 2014 überschritt die Ukraine wieder diese magische Marke und wird, wie schon erwähnt, 2015 vermutlich 5-5,5 % seines BIP für militärische Aufgaben aufwenden.

Im unteren Segment gaben bisher, abgesehen von Moldawien (zeitweilig nur 0,3 %), alle Staaten Europas über 0,5 % ihres BIP für Streitkräfte aus. 2015 werden jedoch vermutlich Irland und eventuell auch Luxemburg ebenfalls unter diese Marke fallen.

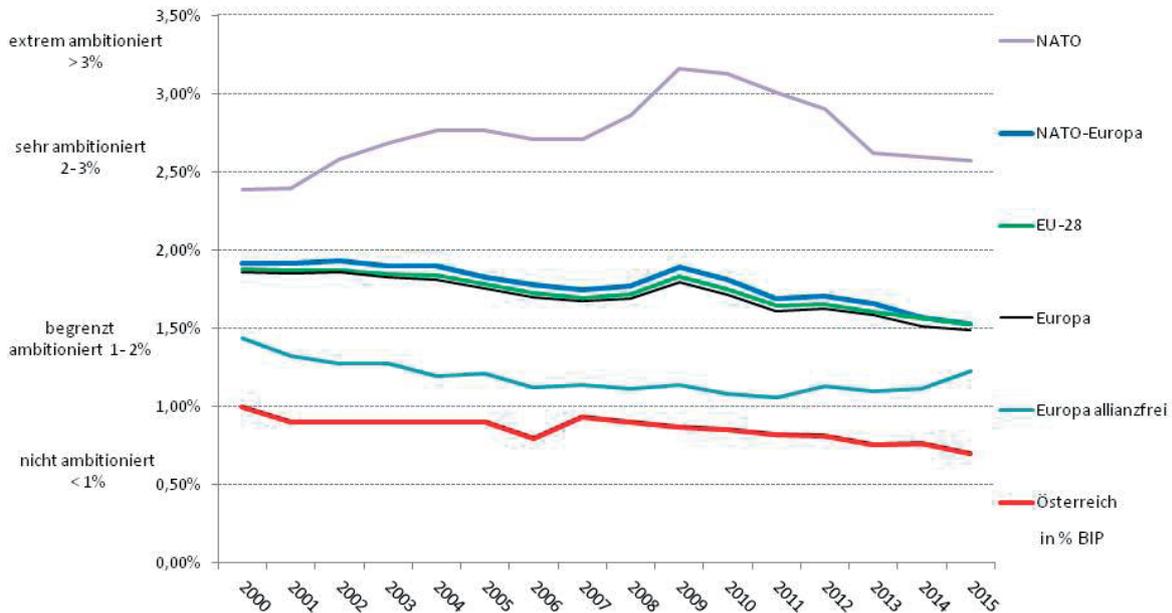


Abbildung 9: Entwicklung der europäischen und österreichischen Militärausgaben als prozentueller BIP-Anteil 2000 bis 2015

Trotz kontinuierlich sinkender Budgets konnte Gesamteuropa in den letzten Jahren die Aufteilung der Verwendung seiner Militärausgaben in etwa gleichbleibend mit einem Verhältnis von 50/30/20 für Personal/Betrieb/Investitionen beibehalten.⁸ Auch die aktuellen Reduktionen werden an dieser Situation kaum etwas verändern. Der Grund dafür liegt in der Anpassung des Personalstandes in den letzten Jahren und den zuletzt auch geringeren Kosten für laufende Einsätze.

8 Siehe www.eda.europe.eu/DefenceData

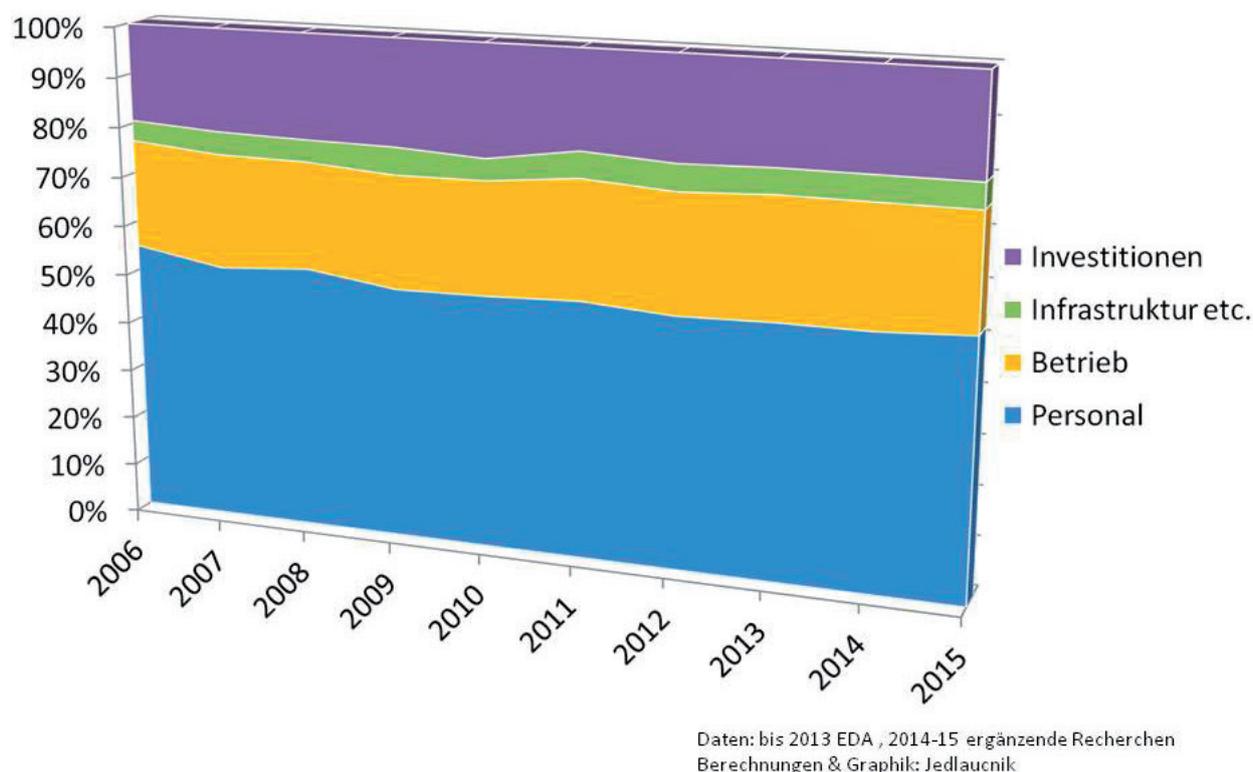


Abbildung 10: Verwendung europäischer (EDA 26) Militärausgaben 2006 bis 2015

Die transatlantische Partnerschaft

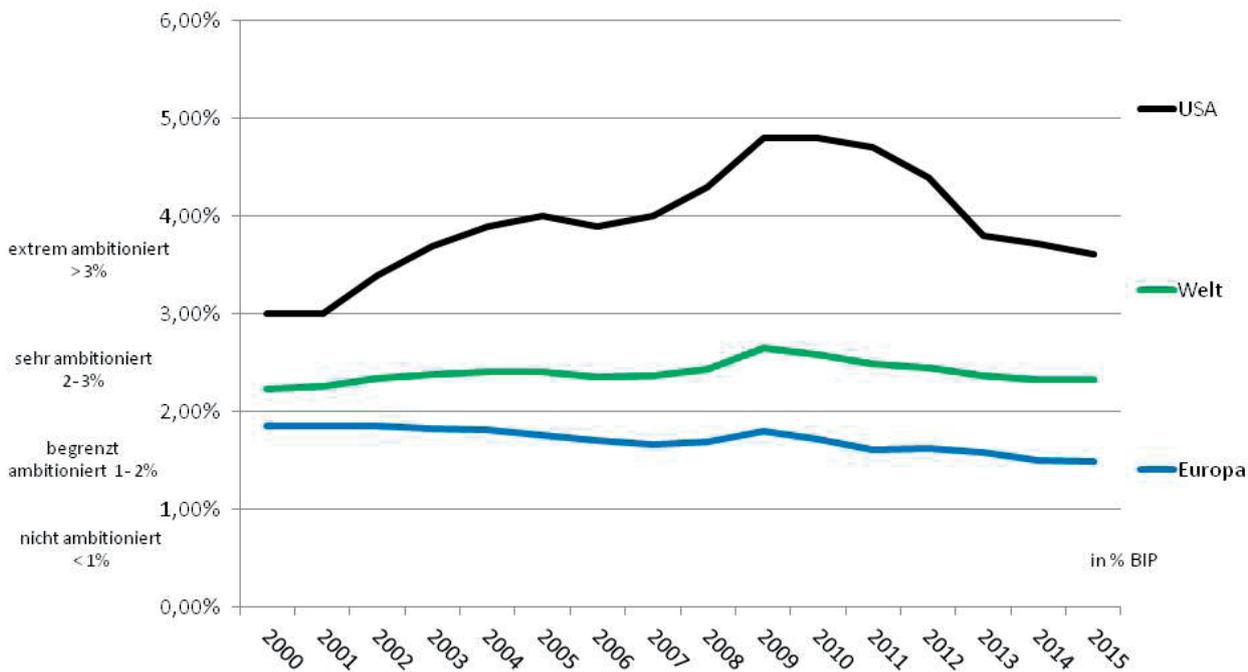
Die vollkommen unterschiedlichen Prioritäten der europäischen und nordamerikanischen Verbündeten werden klar, wenn ihre jeweiligen Militärausgaben als prozentuelle BIP-Anteile gegenübergestellt werden. Ende der 90er Jahre betrug die Differenz knapp 1 % und Nordamerika senkte seine Ausgaben in Relation zum BIP sogar stärker als Europa dies tat. Wie in Abbildung 11 deutlich zu erkennen ist, begann das massive Auseinanderklaffen zwischen den US-amerikanischen und europäischen Verteidigungsbudgets nach den Terroranschlägen des 11. September 2001. Nordamerika steigerte seine militärischen Aktivitäten massiv, während Europa militärischen Aufgaben zusehends weniger Relevanz im gesamtstaatlichen Kontext einräumte. Bei nordamerikanischen Ausgaben von 4,5 % erreichte die Differenz zeitweilig einen Wert von 2,75 %.

Hier wird die offensichtlich unterschiedliche Perzeption und Beantwortung des globalen Terrorismus offenbar. In den Jahren nach 9/11 reduzierte sich das europäische Verteidigungengagement nominell zwar nur gering (-8,5 %), jedoch sank der prozentuelle Anteil der europäischen Militärausgaben an den relevanten globalen Ausgaben von 2000 bis 2015 um über 40 % und stellt damit nur noch 16 % der globalen Militärausgaben dar. Die USA haben indessen den Anteil an den globalen Verteidigungsausgaben gehalten.

Die Ukraine-Krise hat diesen Trend bisher nicht beeinflusst. Die USA haben zwar in den letzten Jahren ihr Verteidigungsbudget auf Grund der Beendigung bzw. Reduktion ihrer Großoperationen in Afghanistan und dem Irak gesenkt, halten derzeit ihre Militärausgaben aber ebenso wie Europa nominell gleich. Die Differenz der Militärausgaben als prozentueller BIP-Anteil bleibt damit bei knapp 2 %. Europas Anstrengungen stellen somit aktuell knapp 40 % des transatlantischen Verbündeten dar. Betrachtet man die Differenz zwischen USA und Europa ohne Frankreich und Großbritannien, so betragen die Verteidigungsanstrengungen dieses Teils Europas sogar nur etwa 35 % der US-amerikanischen. Die Ankündigungen des NATO-Gipfels in Wales im Juli 2014, dass alle NATO-Bündnispartner, die weniger als 2 % ihres BIP für militärische Aufgaben aufwenden, ihre Verteidigungsausgaben nicht weiter kürzen und innerhalb von zehn Jahren diesen Richtwert erreichen wollen,⁹ ist somit offensichtlich bereits wieder obsolet geworden. Die USA unterscheiden sich von Europa auch durch eine investitionsfreundlichere Aufteilung ihrer Militärausgaben,

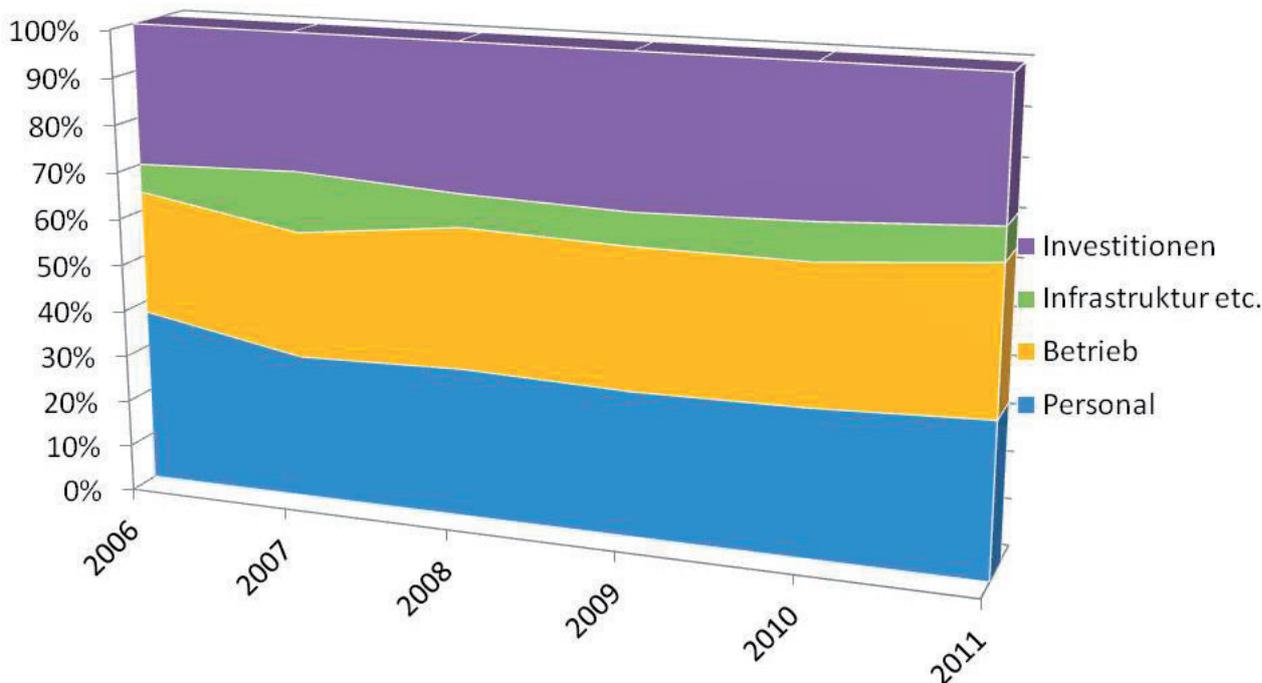
⁹ Gipfelerklärung von Wales des Treffens des Nordatlantikrats auf Ebene der Staats- und Regierungschefs vom 5. September 2014, Pkt. 14

welche in etwa gleichbleibend bei einem Verhältnis von 30/40/30 für Personal/Betrieb/Investitionen liegen. Die deutlich höheren Betriebskosten spiegeln gleichzeitig den offensiveren Einsatz der Streitkräfte wieder.¹⁰



Daten: bis 2013 SIPRI, 2014-15 ergänzende Recherchen
Inflationsbereinigt Basis 2012 Berechnungen & Graphik: Jedlaucnik

Abbildung 11: Entwicklung der europäischen und US-amerikanischen Militärausgaben als prozentueller BIP-Anteil 2000 bis 2015



Daten: EDA
Berechnungen & Graphik: Jedlaucnik

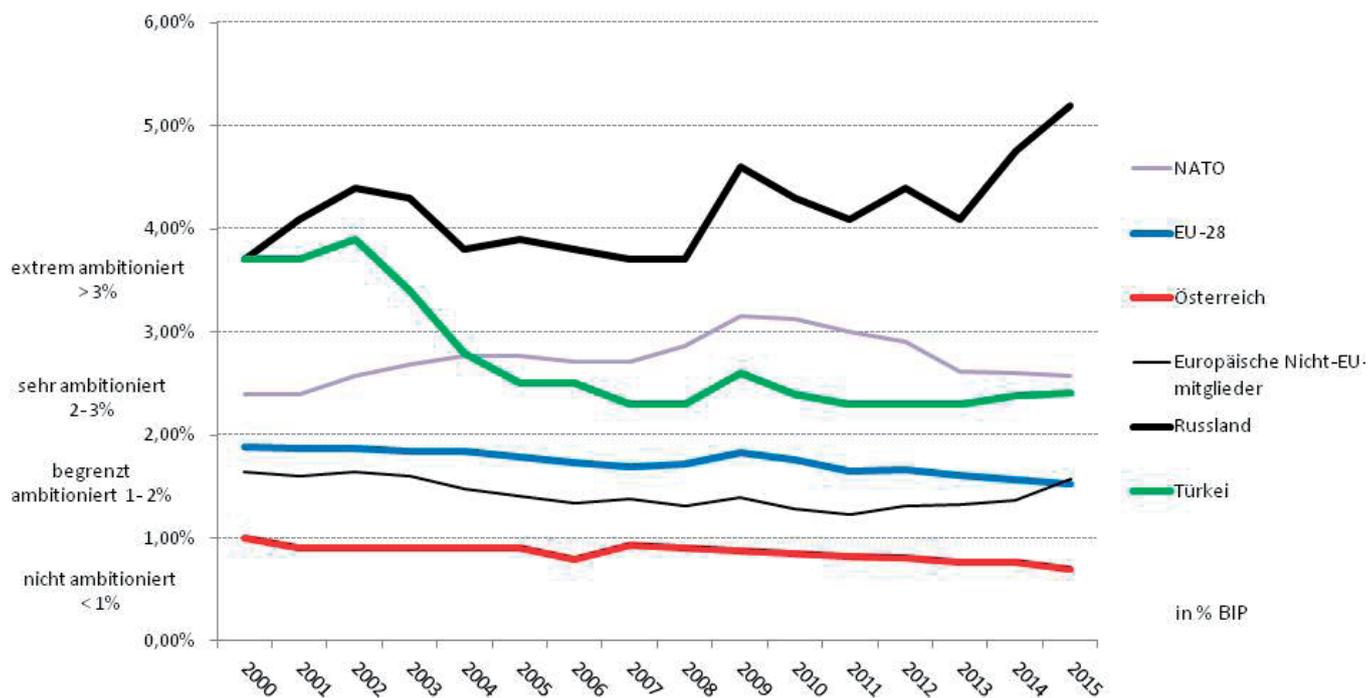
Abbildung 12: Verwendung der US- Militärausgaben 2006 bis 2011

¹⁰ 2011 waren beispielsweise 12,5 % der US-Truppen, jedoch nur 3,5 % der europäischen Truppen im Ausland eingesetzt.

Ausblick

Krisenhafte Entwicklungen zeichnen sich auch dadurch aus, dass ihr Ausgang und ihre Auswirkungen oft nur begrenzt vorhersehbar sind. Daher ist auch eine Vorausschau finanzieller Rahmenbedingungen europäischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Rahmen der weiter schwelenden Ukraine-Russland-Krise schwierig. Auf Grundlage vorhandener Informationen und Trendeinschätzungen ist jedoch davon auszugehen, dass der Konflikt mit Russland nur in wenigen Staaten Europas ein strategisches Umdenken mit entsprechenden budgetären Konsequenzen ausgelöst hat. Nur einige osteuropäische Staaten werden ihre Militärausgaben auch in den nächsten Jahren weiter erhöhen, um den NATO-Richtwert von 2 % zu erreichen bzw. diesem nahe zu kommen. Die Ukraine-Krise hat jedoch den langfristigen Trend zur weiteren Reduktion europäischer Militärausgaben vorerst nicht gestoppt. Es ist zwar davon auszugehen, dass es nach Erholung der europäischen Wirtschaft in zahlreichen europäischen Staaten wieder zu einem leichten nominellen Anstieg der Militärausgaben kommen wird, da jedoch keine Tendenzen für ein Ende des langfristigen Reduktionstrends erkennbar sind, ist in den nächsten Jahren gleichzeitig ein Absinken der europäischen Verteidigungsbudgets deutlich unter 1,5 % des BIP vorhersehbar. Europas Militärausgaben, ohne seine besonders ambitionierten militärischen Großmächte Frankreich und Großbritannien gerechnet, könnten sogar unter die 1,2 %-Marke absinken.

Mittelfristig kristallisiert sich als genereller Trend die Trennung zwischen europäischen Front- und Etappenstaaten heraus. Die an Russland, dessen Vasallenstaat Weißrussland oder die Türkei angrenzenden Staaten werden voraussichtlich ebenso wie Großbritannien und Frankreich, die zur Absicherung ihrer außereuropäischen Gebiete und Interessen entsprechende militärische Mittel benötigen, um die 2 % des BIP für Militärausgaben bereitzustellen. Die NATO-Etappenstaaten werden hingegen vermutlich 1-1,5 %, die westeuropäischen Allianzfreien 0,5-1 % ihres BIP für Verteidigungsaufgaben aufwenden.



Daten: bis 2013 SIPRI, 2014-15 ergänzende Recherchen
Inflationsbereinigt Basis 2012 Berechnungen & Graphik: Jedlaucnik

Abbildung 13: Entwicklung der Militärausgaben Europas (und Österreichs) sowie benachbarter Mächte als prozentueller BIP-Anteil 2000 bis 2015

Da in Österreich weder der Konflikt mit Russland noch andere geostrategischen Entwicklungen als verteidigungspolitisch relevante Bedrohung wahrgenommen werden, wird auch hier der langfristige Trend beibehalten werden. Ohne

Personalabbau ist jedoch eine weitere Reduktion der Militärausgaben faktisch nicht mehr möglich, da das vorhandene Budget im Wesentlichen nur noch für die Bedeckung der Personalausgaben und des laufenden Betriebes ausreicht. Für Infrastrukturausgaben werden vorerst faktisch keine Mittel bereitgestellt werden können und für Rüstungsausgaben werden nur ca. 4-5 % des Verteidigungsbudgets zur Verfügung stehen. Das bedeutet, dass in Österreich nur 0,03 % des BIP für militärische Rüstung ausgegeben werden. Österreich wird somit auch zukünftig, gemessen an seinem BIP, etwas weniger als 50 % dessen, was Europa für seine Verteidigung aufwendet, für seine nationalen Streitkräfte ausgeben. Verglichen mit den 0,30 % BIP die Gesamteuropa für militärische Rüstung aufbietet, stellen die österreichischen Rüstungsanstrengungen jedoch nur noch ca. 10 % dessen dar. Dieser budgetäre Zustand wird aufrecht bleiben, solange das Budget im Bereich von 0,7 % BIP verbleibt und der Personalstand des Verteidigungsministeriums bzw. der Streitkräfte nicht deutlich reduziert wird. Es ist daher davon auszugehen, dass sich Österreich noch weiter vom Status einer modernen Armee entfernen und herausfordernde militärische Aufgaben schwerlich bewältigen können wird. Damit werden die österreichischen „Streitkräfte“ zukünftig vor allem für weniger anspruchsvolle Hilfspolizei- und Katastrophenhilfsaufgaben bzw. als staatliche Personalreserve verfügbar sein.¹¹ Eine weitere Reduktion des Verteidigungsbudgets wäre faktisch nur durch tiefgreifende Strukturreformen und eine damit verbundene (deutliche) Reduktion des Personalstandes der österreichischen Streitkräfte möglich. Ohne eine solche Reduktion sind sogar leichte nominelle Steigerungen notwendig, um die Zahlungsfähigkeit der Streitkräfte sicherzustellen. Eine weitere finanzielle Reduktion ohne gleichzeitige Personalmaßnahmen ist damit faktisch nicht mehr möglich. Österreich ist damit eindeutig als Staat ohne militärische Ambitionen einzuschätzen und gehört sowohl global als auch europaweit zu den Staaten (<10%), welche die geringsten Verteidigungsambitionen zeigen, und militärisch (noch) selbständig agieren können bzw. wollen¹².

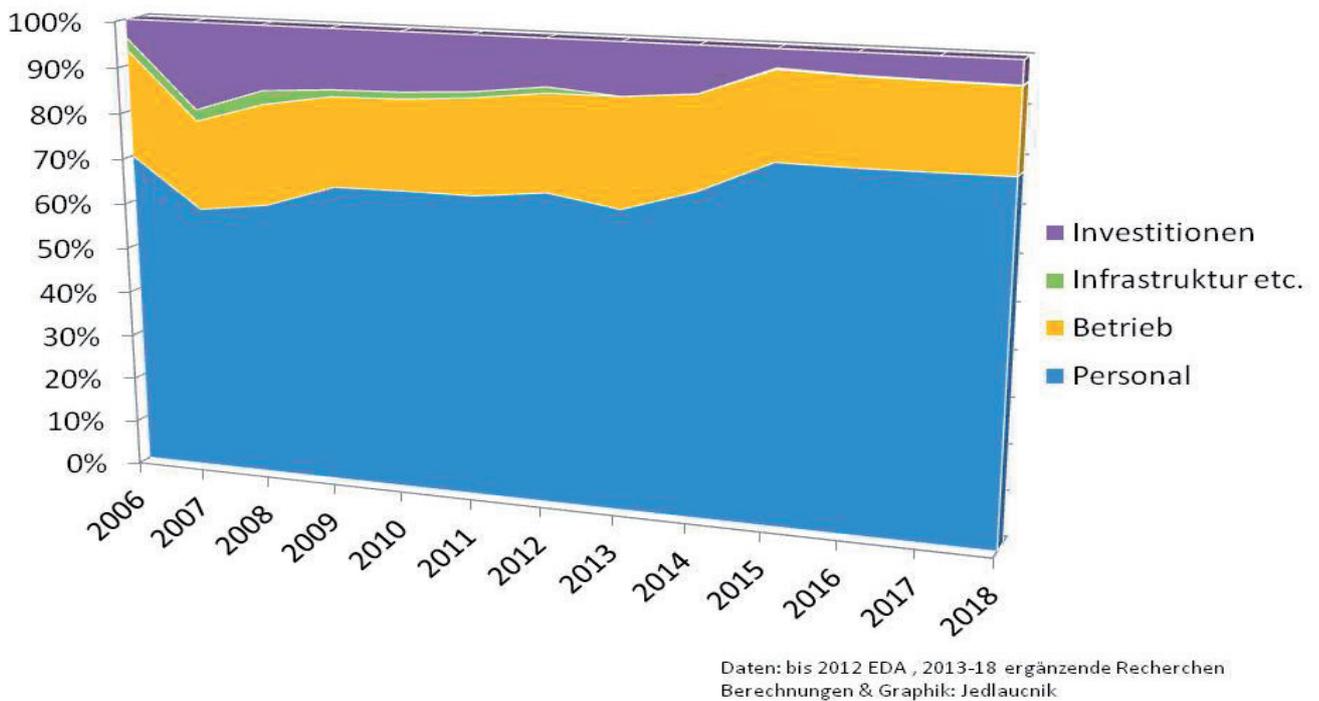


Abbildung 14: Verwendung österreichischer Militärausgaben 2006 bis 2018

11 Militärisch werden neben der eingeschränkten Luftraumüberwachung vor allem begrenzte Aufgaben für Infanteriekräfte bis Bataillonsstärke realisierbar bleiben.

12 Folgende Staaten werden nicht mehr dieser Kategorie zugerechnet: Die europäischen (Zwerg)Staaten Andorra, Island, Kosovo, Liechtenstein, Monaco, San Marino und Vatikanstadt haben keine oder keine vollwertigen Streitkräfte, und ihre militärische Sicherheit wird durch andere Staaten sichergestellt. Weltweit betrachtet werden überdies die militärische Sicherheit der (Zwerg)Staaten Antigua und Barbuda, Bahamas, Barbados, Bhutan, Komoren, Dominica, Grenada, Kiribati, Marshallinseln, Mikronesien, Palau, Samoa, Sao Tome und Principe, Solomonen, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Suriname, Tonga, Tuvalu, Vanuatu Haiti, Costa Rica und Panama nicht durch eigenes Militär, sondern durch Verträge und vor allem andere Staaten („Schutzmächten“) sichergestellt.

Autor

Oberstleutnant Mag. Herwig Jedlaucnik, MBA ist Berufsoffizier, Politikwissenschaftler und Unternehmensberater. Er ist Mitarbeiter am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik an der Landesverteidigungsakademie in Wien. Zuvor war er in unterschiedlichsten Funktionen in der sicherheitspolitischen Forschung bzw. Beratung sowie mehrere Jahre in der Industrie und als selbständiger Unternehmensberater tätig. Davor war er als Berufssoldat und Kommandant in verschiedenen Kampfverbänden des Bundesheeres aktiv. Militärische Einsätze absolvierte er an der österreichisch-jugoslawischen Grenze, in Albanien, Bosnien-Herzegowina, dem Kosovo und Kroatien. Er ist Absolvent der Theresianischen Militärakademie, der Universität Wien, der Wirtschaftsuniversität Wien sowie der University of Minnesota (USA) und hat fachspezifische Ausbildungen an der Landesverteidigungsakademie Wien, der Ecole Militaire (Frankreich) bzw. am Galilee College (Israel) abgeschlossen.

Institut für Strategie & Sicherheitspolitik (ISS)

Das Institut für Strategie und Sicherheitspolitik wurde 1967/68 als Institut für militärische Grundlagenforschung geschaffen und ist damit das älteste Forschungsinstitut der Landesverteidigungsakademie in Wien. Zum ursprünglichen Auftrag, das moderne Kriegsbild und dessen weitere Entwicklung zu erforschen, militärische Strategien zu vergleichen und den Einfluss der modernen Kriegführung auf die österreichische Landesverteidigung zu untersuchen, kamen inzwischen weitere Bereiche. In die Bereiche Strategie, internationale Sicherheit sowie Militär- und Zeitgeschichte gegliedert, widmen sich die Forscher des Instituts in enger Kooperation mit zivilen und militärischen wissenschaftlichen Institutionen im In- und Ausland der Erforschung aktueller strategischer, sicherheitspolitischer und zeithistorischer Fragen. Die Ergebnisse werden in Form von Publikationen sowie in der Lehre im Ressort und darüber hinaus vermittelt.

Erhalten Sie bereits die regelmäßigen Einladungen zu unseren Vorträgen und Veranstaltungen? Wenn Sie noch nicht auf unserer Verteilerliste stehen, bitten wir um eine kurze Nachricht an wolfgang.gosch@bmlvs.gv.at bzw. um Ihren Anruf unter +43 (0) 50201 10 28301, um Sie in unseren Verteiler aufzunehmen.

